

Haushaltsvorstellung der Regierung/Ministerpräsident Oliver Paasch
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 07. November 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung.

Ich darf Ihnen heute das Haushaltsergebnis 2015,
die 2. Anpassung des Haushaltes 2016
und den Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 vorstellen.

Im Sinne maximaler Transparenz
hatte die Regierung Ihnen bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung
alle Haushaltsdokumente zukommen lassen.

Wie Sie Ihren Unterlagen entnehmen können,
haben wir,
wie seit Jahren üblich,
in einer mehrere hundert Seiten umfassenden Rechtfertigungserklärung
alle Haushaltsprogramme vorgestellt,
alle Haushaltsabänderungen begründet,
die neuen Schwerpunktsetzungen für die kommenden Jahre erläutert,
eine langfristige Haushaltsprognose unterbreitet
und jeden einzelnen Infrastrukturzuschuss in einem Infrastrukturplan aufgelistet.

Wir sind dabei noch ausführlicher und detaillierter vorgegangen als in den Vorjahren. Sie werden zum Beispiel feststellen, dass wir die Kosten für die Regierung noch detaillierter dargestellt haben.

Diesmal haben wir sogar die Forderungsanmeldungen pro Minister namentlich aufgeführt.

Auch wenn die Kosten der Regierung insgesamt nur 1,2 % unseres Haushaltes ausmachen; so habe ich doch in den letzten Jahren gelernt, dass der ein oder andere in diesem Saal sich mehr für die Kosten der Regierung interessiert als für die anderen 98,8 % unserer Ausgaben.

Ich hoffe also, dass wir Ihren Wissendurst in diesem Bereich stillen konnten.

Wir legen jedenfalls alles offen.

Darüber hinaus habe ich dem zuständigen Ausschuss bereits vor mehr als einem Monat, am 26. September 2016, alle Haushaltsergebnisse ausführlich vorgestellt und auf alle diesbezüglichen Fragen geantwortet.

Die Haushaltsergebnisse bereits vor der Vorstellung des eigentlichen Haushaltes zu erläutern ist neu.

Das ist eine Folge der Parlamentsreform und ist nun zum 2. Mal in der Finanzgeschichte unserer Gemeinschaft geschehen.

Und zum zweiten Mal in der Finanzgeschichte unserer Gemeinschaft haben wir Ihnen auch eine sogenannte Sensitivitätsanalyse übermittelt, damit Sie nachvollziehen können, welche Auswirkungen mögliche Veränderungen der Wirtschaftsparemeter auf unsere Finanzen haben könnten.

All das dient der Transparenz.

All das stärkt Ihre parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten.

Und da ich davon ausgehe, dass Sie alle Dokumente ausführlich gelesen haben, hat diese transparente Vorgehensweise noch einen weiteren Vorteil:

Ich kann mich heute relativ kurz fassen.

Alles,
was ich Ihnen heute zum Haushalt sagen könnte,
wurde Ihnen bereits schriftlich mitgeteilt.

Wie Sie beim Studium Ihrer Unterlagen sicherlich feststellen konnten,
sind wir auch weiterhin auf einem sehr guten finanzpolitischen Weg.
Um es gleich vorwegzunehmen:

Unsere finanzpolitische Strategie,
die wir uns zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen hatten,
geht ganz offensichtlich auf.

**Es wird uns aller Voraussicht nach gelingen,
den Haushalt der DG noch in dieser Legislaturperiode
dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen.**

Das ist in den 1990er Jahren bis 2004 niemals
und seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahre 2008 nicht mehr gelungen.
Aller Voraussicht nach werde ich Ihnen heute zum letzten Mal einen defizitären Haushalt
vorstellen.

**Aller Voraussicht nach werde ich Ihnen nächstes Jahr zum ersten Mal einen
Haushalt vorstellen können, der im Ergebnis eine schwarze Null erreicht. Und zwar
auf der Grundlage der überaus strengen SEC 2010-Normen!**

Zur Erinnerung:
wenn es die SEC-2010-Normen nicht gäbe,
wenn wir also dieselben Buchhaltungsregeln anwenden dürften
wie beispielsweise die Gemeinden,
dann wäre unser Haushalt heute schon im Plus.

Den Haushalt in dieser Legislaturperiode
nach den strengen Vorgaben des Hohen Finanzrates

dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen,
das war, ist und bleibt unser finanzpolitisches Ziel.

Warum bin ich zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen werden?

Nun, unsere **finanzpolitische Strategie** besteht bekanntlich aus 7 Bausteinen.

Erstens wir **schätzen unsere Einnahmen immer sehr vorsichtig ein**;
vorsichtiger als alle anderen in Belgien.

Das hat uns auch in diesem Jahr wieder geholfen,
Haushaltslöcher zu vermeiden und Sparmaßnahmen abzuwenden.

Das föderale Planbüro hat kürzlich seine Wachstumsprognose
für 2017 von 1,5% auf 1,2 % nach unten korrigiert.

Das bereitet derzeit allen Haushaltsplanern in Belgien große Probleme,
wie wir der Presse leider jeden Tag entnehmen müssen.

Der Föderalstaat hat vor diesem Hintergrund neue Sparmaßnahmen angekündigt.
Die Region Brüssel beklagt, dass sie wichtige Zukunftsinvestitionen verschieben muss.
Flandern vergrößert sein Defizit. Die Wallonische Region auch.

**Und die FG hat sogar öffentlich ihr ursprüngliches Ziel aufgegeben,
den Haushalt 2018 ins Gleichgewicht zu bringen.**

Kolleginnen und Kollegen,
das ist zum Glück in der DG anders:

Uns bereiten die schlechteren Wirtschaftsprognosen keine unmittelbaren Probleme,
**weil wir für 2017 ohnehin nur von einem Wirtschaftswachstum von 1,1 %
ausgegangen waren.**

Wenn es jetzt 1,2 % werden sollten, dann fallen unsere Einnahmen sogar besser aus als geplant.

Wenn sich die aktuellen Prognosen des Föderalen Planbüros für die Jahre 2016 und 2017 bestätigen, **dann steigen unsere Einnahmen im Vergleich zur Schätzung um immerhin 2,7 Millionen EUR.**

Wir sind also mit unserer vorsichtigen Finanzplanung auf einem guten Weg. Deshalb halten wir auch weiterhin daran fest.

Obwohl alle führenden Wirtschaftsinstitute Belgien für 2018 und 2019 ein Wachstum von 1,3% bis 1,5% voraussagen; gehen wir in unseren Einnahmeschätzungen für diese Jahre nur von 1,1 % aus.

Zweitens, wir hatten zu Beginn der Legislaturperiode versprochen, mit der föderalen Regierung Verhandlungen über eine Erhöhung unserer Einnahmen aufzunehmen, um die Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten zumindest teilweise auszugleichen.

Diese Verhandlungen haben wir bekanntlich sehr erfolgreich abschließen können. **Der Föderalstaat hat unser Finanzierungs-gesetz abgeändert und unsere Einnahmen um 7 Millionen EUR pro Jahr erhöht.**

Wir sind die einzige Gemeinschaft in unserem Land, der das gelungen ist.

Diese Refinanzierung ist für unsere Haushaltsplanung von außerordentlich großer Bedeutung.

Drittens, wir hatten uns vorgenommen, alle alternativen Finanzierungen umzuwandeln und vorzeitig zurückzuzahlen.

Auch das ist gelungen.

Wir haben seit Beginn in dieser Legislaturperiode **Schulden in einer Größenordnung von 60 Millionen EUR vorzeitig zurückgezahlt. Es gibt keine alternativen Finanzierungen mehr!**

Wohlbemerkt:

Dabei handelt es sich um Schulden, die Gemeinden und Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht aufgenommen hatten, und die wir als DG jetzt übernommen haben.

Diese Vorgehensweise hat unsere Haushalte vor allem in den Jahren 2014 und 2015 stark belastet und die kurzfristigen Verbindlichkeiten der DG deutlich ansteigen lassen.

Aber **diese Vorgehensweise liegt eindeutig im Interesse der Gemeinden und VoG.** Sie hilft in Millionenhöhe Zinsen zu sparen.

Und vor allem : **sie entlastet spürbar unsere Haushalte ab 2018.**

Viertens,

wir hatten uns vorgenommen, **mit dem Föderalstaat einen Haushaltspfad auszuhandeln, der uns zwischen 2015 und 2017 hohe Defizite erlaubt, um massiv notwendige Investitionen in Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Sport- und Kulturanlagen vorziehen zu können.**

Auch das ist gelungen.

Der Konzertierungsausschuss hat der DG im April 2015 erlaubt, für das Jahr 2015 ein Defizit von 41,5 Millionen zu machen. Für 2016 wurde ein Defizit von 44,4 Millionen erlaubt.

Für 2017 wird ein Defizit von 36,2 Millionen EUR zugelassen.

Für 2018 jedoch verlangt man von uns natürlich einen ausgeglichenen Haushalt.

Das nennt man den Haushaltspfad.

Diesen Haushaltspfad nutzen wir, um wichtige Investitionen vorzuziehen, die ansonsten später nicht mehr getätigt werden könnten.

Wir tun das, um kommende Generationen zu entlasten.

Und dabei sind wir auf einem sehr guten Weg.

Der Registrierungskatalog konnte auf ein historisches Minimum reduziert werden.

Erinnern Sie sich noch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, an die Debatte über die erste Haushaltsanpassung 2016, die wir hier 25. April 2016 geführt haben?

Damals hatte Kollege Mockel zurecht darauf hingewiesen, dass dieser **Haushaltspfad in Gefahr** geraten könnte.

Damals hatte der Hohe Finanzrat empfohlen, diesen Pfad nachträglich zu Gunsten des Föderalstaates und zu Lasten der Gemeinschaften und Regionen abzuändern.

Wenn das akzeptiert worden wäre, hätte die DG im Jahre 2016 14,5 Millionen EUR und im Jahre 2017 sogar fast 20 Millionen EUR einsparen müssen.

Kollege Mockel hat vor einem halben Jahr zurecht den Ernst dieser Bedrohung hervorgehoben.

Ich habe Ihnen damals aber versprochen, alles zu tun, um Schaden von der DG abzuwenden.

Ich habe dagegen sowohl in der Haushaltsministerkonferenz als auch im

Konzertierungsausschuss protestiert und angekündigt, dass wir dagegen unser Veto einlegen würden. Heute dürfen wir feststellen, dass wir **mit unserem Protest Erfolg hatten. Unser Haushaltspfad wurde nicht abgeändert.**

Das bedeutet aber natürlich nicht, dass die Gefahr nunmehr definitiv abgewendet wäre. Ich schließe nicht aus, dass der Föderalstaat irgendwann wieder einen solchen Versuch unternimmt.

Aber auch dann wird gelten: das akzeptieren wir nicht!

Die geplanten Investitionen in unsere **Altenheime, Krankenhäuser und Schulen** sind für die Menschen in unserer Gemeinschaft unbedingt notwendig.

Wir werden nicht akzeptieren, dass diese Investitionen in unsere Zukunft zur Disposition gestellt werden.

Fünftens,

wir hatten versprochen, **alle Wartelisten für die Auszahlung von Zuschüssen komplett abzubauen.**

Und auch das haben wir geschafft.

Von diesen Wartelisten waren bekanntlich vor allem die Gemeinden betroffen.

Heute dürfen wir feststellen: **Es gibt keine einzige Warteliste mehr!**

Im Rahmen unserer alljährlichen Diskussionsrunde mit allen Gemeinden, die wir vor einigen Wochen abschließen konnten, haben uns alle Gemeindegremien bestätigt, dass die **Zahlungsmoral der DG vorbildlich** sei. Während man anderswo im Land Monate, manchmal sogar Jahre auf die Auszahlung eines Zuschusses warten muss, zahlt die DG innerhalb weniger Tage die komplette Summe aus.

Ja, die DG zahlt mittlerweile **sogar Vorschüsse** aus. Und zwar **bis zu 90 % der**

Zuschusssumme! Das ist für die Liquidität der Projektträger von sehr großer Bedeutung. Und uns hilft es, mit den SEC-2010-Normen besser zurecht zu kommen und kommende Haushalte zu entlasten. Deshalb schlagen wir jetzt in unserem Dekretentwurf zum Haushalt vor, diese Möglichkeit noch weiter auszubauen.

Sechstens,

wir wenden ein sehr effizientes **Schuldenmanagement** an.

Die Finanzverbindlichkeiten der DG betragen zum heutigen Tage 315 Millionen EUR:

Wir haben für 201 Millionen EUR Liquiditätsscheine ausgegeben, davon 54,5 Millionen auf 5 Jahre. Für diese Liquiditätsscheine zahlen wir so gut wie gar keine Zinsen. Für weitere 4,8 Millionen greifen wir auf unseren Kassenkredit zurück. Auch hierfür zahlen wir so gut wie keine Zinsen. Hinzu kommt die verbleibende Restschuld für langfristige Verbindlichkeiten (inklusive PPP) in Höhe von 109,2 Millionen EUR.

Insgesamt also 315 Millionen EUR, wovon 48 % über kurzfristige Zinssätze, 17 % über mittelfristig abgesicherte Zinssätze und 35 % über langfristig festgelegte Zinssätze. **Diesen 315 Millionen Schulden stehen fast 600 Millionen Investitionen in Gebäude gegenüber (vorwiegend Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, Altenheime, Sportanlagen, Kulturzentren und Kirchen).**

Und das bedeutet zum einen, dass wir unsere **Investitionen in Infrastruktur zu mehr als 40% mit Eigenmitteln**, also ohne Kreditaufnahmen oder sonstige Formen von Schuld, finanziert haben. Weniger als 60% unserer Investitionen in Infrastruktur wurden fremdfinanziert.

Zum anderen bedeutet es, dass wir derzeit von sehr günstigen kurzfristigen Zinssätzen profitieren. Das ist gut so, setzt uns aber auch einem **Zinsrisiko** aus; und zwar dann, wenn die Zinsen wieder steigen. Auf diesen Fall müssen wir uns vorbereiten.

Darum schlagen wir Ihnen im Dekretentwurf zum Haushalt erneut vor, uns die Möglichkeit einzuräumen, **jederzeit alle kurzfristigen Verbindlichkeiten in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln.**

In der Zwischenzeit werden wir progressiv den Anteil mehrjährig angelegter Liquiditätsscheine erhöhen, um die Abhängigkeit von kurzfristigen Zinssätzen zu reduzieren. Die **aktuelle Zinskurve** ist hierfür derzeit sehr günstig. Davon wollen wir profitieren.

Siebtens,

wir hatten angekündigt, während der gesamten Legislaturperiode eine sehr **strenge Haushaltsdisziplin** in den sogenannten fakultativen Ausgaben anzuwenden. Wir sparen also überall dort, wo es kaum weh tut. Anders ausgedrückt: **wir sparen sozialverträglich**. Und auch das tun wir mit erkennbarem Erfolg.

Wir haben in dieser Legislaturperiode nicht einziges Mal alle Ausgabeermächtigungen, die das Parlament uns gegeben hat, voll ausgeschöpft.

Wir haben **2014 um 4 Millionen EUR besser abgeschnitten** als geplant. Und auch **2015 wird das Defizit um 4 Millionen EUR geringer ausfallen** als geplant.

In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings erneut auf die Gefahr hinweisen, dass unser PPP-Verfahren buchhalterisch umklassiert werden könnte.

Bekanntlich wurden seit 2014 überall in Belgien, insbesondere in Flandern, fast alle eingegangenen PPP-Projekte buchhalterisch umgewandelt. Mittlerweile geht das ICN davon aus, dass unser PPP dasselbe Schicksal ereilen wird wie allen anderen PPP in Belgien.

Begründet wird das damit, dass wir im Jahre 2015 auf der Grundlage unserer finanzpolitischen Strategie, die ausdrücklich das Vorziehen von Investitionen und das vorzeitige Rückzahlen von Schulden vorsieht, mit dem privaten Partner vereinbart hatten, zwei Jahresraten früher zurückzuzahlen als geplant.

Zwar sind alle dazu befragten Experten der Meinung, dass damit keine Umverteilung von Risiken verbunden ist. Zwar geht aus den Empfehlungen der EU-Kommission ausdrücklich

hervor, dass ein solches Vorgehen nicht zu einer Umklassierung führen kann. Und dennoch müssen wir genau damit rechnen.

Offiziell wurde das noch nicht von EUROSTAT bestätigt. Aber die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass es passiert.

Natürlich würde das nichts an den Finanzflüssen zwischen der DG und dem privaten Partner ändern. Es hätte auch keinerlei Einfluss auf unseren Alltag, weder auf den Betrieb der Schulen noch auf unsere Rechte und Pflichten.

Es stellt in keiner Weise das eigentliche Verfahren in Frage.

Aber durch eine rückwirkende Umbuchung des PPP würde sich das Haushaltsergebnis 2015 um 93,5 Millionen EUR verschlechtern. Das wäre schlecht für 2015.

Umgekehrt hätte das aber auch einen positiven Einfluss auf die Haushaltsergebnisse ab 2016. Es würde uns sogar neue Handlungsspielräume eröffnen.

Unabhängig von diesen buchhalterischen Fragen steht fest:

Die DG hat in dieser Legislaturperiode dank der stringenten Haushaltsdisziplin bislang immer besser abgeschnitten als geplant. Und das wird auch 2016 wieder so sein.

Das können Sie den Dokumenten zur 2. Abänderung des Haushaltes 2016 entnehmen.

2016, das habe ich oft gesagt, ist für uns ein besonderer Jahrgang.

Zum ersten Mal mussten in diesem Jahr **alle Auswirkungen der 6. Staatsreform** berücksichtigt werden: Seniorenpflege, Kindergeld, Krankenhausbau, Justizhäuser, usw.

Das war eine große Herausforderung, weil die Angaben des Föderalstaates über Dotationsabzüge und Ausgaben in diesen Zuständigkeiten nicht immer zuverlässig sind, häufig zu spät eintreffen und immer wieder großen Schwankungen unterworfen sind.

Zum ersten Mal mussten wir 2016 darüber hinaus alle Auswirkungen unserer **erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen mit der Wallonischen Region** zur Übertragung weiterer beschäftigungspolitischer Zuständigkeiten in den Haushalt eintragen. **Alleine durch die Übertragung neuer Zuständigkeiten ist das Haushaltvolumen der DG um sage und schreibe 50 % gestiegen:** Von ca 200 Millionen EUR im Jahre 2014 auf ca 300 Millionen EUR im Jahre 2016.

Zum ersten Mal mussten wir 2016 auch alle Beiträge der DG zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen und zur Finanzierung der Beamtenpensionen integral in den Ausgabenhaushalt eingetragen. Dabei geht es um Ausgaben in Höhe von immerhin 6,3 Millionen EUR.

Und ich bin sehr zufrieden, dass wir all diese Herausforderungen bewältigt haben. Trotz all dieser externen Einflüsse und Unwägbarkeiten ist es gelungen, den Haushaltspfad 2016 einzuhalten und sogar noch etwas besser zu sein als geplant.

Dafür bin ich den Mitarbeitenden in den zuständigen Fachbereichen und im Finanzdienst sehr dankbar. In den anderen Gliedstaaten hat all das das bei weitem nicht so reibungslos funktioniert wie in der DG

Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen:

Wir sind mit unserer finanzpolitischen Strategie auf dem richtigen Weg.

**All das lässt mich mit Zuversicht daran glauben,
dass wir unser finanzpolitisches Ziel erreichen werden,
den Haushalt der DG ab 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen.**

Erlauben Sie mir nun,
etwas näher auf den **Haushalt 2017** einzugehen.

Wir werden im Jahre 2017 nicht nur den Haushaltspfad einhalten.

Wir haben uns **für 2017 auch einige bedeutsame Zukunftsinvestitionen vorgenommen**; sowohl in den laufenden Ausgaben als auch im Infrastrukturbereich.

Wir tun das trotz schlechter Konjunkturprognosen.

Wir können das, weil wir unsere Haushaltsdisziplin noch einmal verschärft haben.

Sie werden feststellen, dass wir in den fakultativen Ausgaben im Vergleich zur Prognose etwa **2 Millionen EUR eingespart** haben.

Dieses Geld haben wir gezielt in die Bereiche Bildung und Soziales übertragen, um dort neue Akzente setzen zu können. Kommen wir zunächst zu den laufenden Ausgaben:

Nach den bereits erfolgten beachtlichen Ausgabensteigerungen in den Jahren 2015 und vor allem 2016 **wird der laufende Bildungshaushalt im Jahre 2017 noch einmal erhöht**. Und zwar um 2,6 Millionen EUR.

Der laufende Bildungshaushalt ist in den letzten beiden Jahren rekurrent (jährlich wiederkehrend) um sage und schreibe 7 Millionen erhöht worden von 102 Millionen EUR im Jahre 2015 auf 109 Millionen im Jahre 2017. Das entspricht einer Steigerungsrate von knapp 7 %.

Das ist sehr viel mehr als in den vorherigen Legislaturperioden. Und das ist gut so.

Mit diesem Geld wollen wir beispielsweise den **Zugang zum Unterricht kostengünstiger** gestalten. Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen.

Wir sind noch nicht so bildungsgerecht wie wir es gerne wären.

Aber die **Finanzmittel** für den kostengünstigen Zugang wurden in dieser Legislaturperiode schon mal glatt **verdoppelt**.

Bildungsgerechtigkeit hängt auch aber natürlich nicht nur von den Schulkosten ab.

Bildungsgerechtigkeit muss vor allem im Unterricht selbst stattfinden.

Lernschwächen und Lernstärken müssen früh erkannt werden. Lehrpersonen müssen möglichst früh, kompetent und individuell auf die Eingangsvoraussetzungen jedes einzelnen Kindes eingehen.

Und dafür brauchen sie Unterstützung.

Unterstützung durch Weiterbildungsangebote, durch fachliche Beratung, durch Schulentwicklungsberatung und durch konkrete Hilfe vor Ort, in der Schule, im Klassenzimmer.

Dafür bietet das **Förderdekret**, das wir hier 2009 verabschiedet haben und das, wie geplant progressiv in Kraft tritt, eine sehr gute Grundlage.

Mit den zusätzlichen Finanzmitteln wird der in diesem Dekret vorgesehene, sogenannte **Fördertopf komplett geöffnet**. Der Vorgänger des heutigen Bildungsminister hat davon immer geträumt.

Jetzt werden den Regelschulen notwendigen **Förderpädagogen** zur Verfügung gestellt, um individuelle Förderung zu ermöglichen.

Die Ausbildungsprogramme werden ausgebaut.

Die Pilotprojekte verlaufen sehr erfolgreich.

Und jetzt sind auch **alle finanzpolitischen Hürden dafür beseitigt**.

Mit den zusätzlichen Geldern für das Bildungswesen werden auch weiterhin – im Verhältnis zur Schülerzahl - zusätzliche Kindergärtnerinnen eingestellt, um die **Klassengrößen zu reduzieren**.

Die **mittelständische Ausbildung** wird weiter aufgewertet.

Sehr viel mehr Geld werden wir investieren in **die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**. Genauso wie in die **Immersionsprojekte** zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Oder in die Förderung von Kulturangeboten in unseren Schulen. Um nur einige Beispiele zu erwähnen.

Und nicht zuletzt setzen wir das neue Sektorenabkommen um, das wir mit den Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst vereinbart haben und von dem ganz besonders das Unterrichtswesen profitieren wird.

Wie versprochen, nehmen wir die vor 4 Jahren im Krisendekret beschlossene Baremenkürzung früher zurück als geplant.

Zusätzlich zu den Indexerhöhungen, Annalen und Biennalen steigen die Baremen im Unterrichtswesen Anfang 2017 um 1%. 2019 kommt ein weiteres Prozent hinzu.

Darüber hinaus:

- werden die **Gehälter des Arbeitspersonals** am 01. Januar 2018 um 5 % angehoben;
- Den Schulen wird **zusätzliches Stellenkapital** für Schüler mit einem Migrationshintergrund gewährt;
- Die **Vorruhestandsregelungen** im Unterrichtswesen der DG werden zu Lasten unseres Haushaltes aufrechterhalten; während die Flämische Gemeinschaft den Vorruhestand für Lehrpersonen

mittlerweile weitestgehend abgeschafft hat;

- Neueinsteiger in den Lehrerberuf erhalten mit Dienstbeginn sofort eine **unbefristete Einstellung**.
- Außerdem soll ein **netzübergreifender Vertretungspool für Lehrpersonen** geschaffen werden, um Unterrichtsausfall zu vermeiden;
- Und für junge Lehrpersonen soll ein System von **Mentoren** eingeführt werden

Der Sozialhaushalt wird 2017 im Vergleich zu 2016 sogar um 3,7 Millionen erhöht.

Sowohl prozentual als auch nominal ist das – im Vergleich zu allen anderen Zuständigkeiten - die mit Abstand **größte Erhöhung** in diesem Haushalt 2017.

Kein anderer Bereich erfährt eine so große finanzielle Aufwertung wie das Sozialwesen. Und auch das ist gut so.

Vor allem wenn man weiß, dass wir uns für diesen Bereich bis 2019 weitere zusätzliche Erhöhungen vorgenommen haben. Das können Sie an der mittelfristigen Finanzplanung erkennen.

Wir investieren mehr Geld in die **Kinderbetreuung**, in die Einrichtung von zusätzlichen **Kinderkrippenplätzen**, in finanzielle Verbesserungen für die **Tagesmütter** (soweit wir dazu gesetzlich befugt sind), in den Ausbau der **außerschulischen Betreuung**, in die **Behindertenpolitik**, in den Ausbau von **Alten- und Pflegeheimplätzen**, in den Ausbau von **alternativen Wohnformen** und in die Finanzierung von **Seniorenbeauftragten**.

Sehr viel mehr Geld stellen wir auch zur Verfügung für die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Die Regierung hat vor 2 Wochen ein wegweisendes **Konzept zur Integration** beschlossen.

Sie werden beispielsweise feststellen, dass wir **Info-Integration deutlich mehr Personal** zur Verfügung stellen und dass wir auf der Grundlage eines **verpflichtenden Integrationsparcours** massiv in **Sprach- und Integrationskurse** investieren.

Und Sie werden feststellen, dass wir mehr tun werden für die **sozio-professionelle Begleitung** der Migranten, damit sie möglichst schnell einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Die Regierung stellt für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund allein im Jahre 2017 **mehr als 1 Million EUR** zur Verfügung. Das ist nicht nur sehr viel mehr als in der Vergangenheit. Das ist im Proporz auch sehr viel mehr als die anderen Gemeinschaften unseres Landes hierfür bereitstellen.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, ein **Abkommen für den nicht-kommerziellen Sektor** erfolgreich abzuschließen. Wir sind bekanntlich die einzigen, denen das in Belgien gelungen ist.

Während andere in diesem Bereich drastisch sparen; stellen wir diesem Sektor **500.000 EUR mehr** zur Verfügung. Auch das wurde in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Und Eines ist für die Regierung ganz besonders wichtig, weil es uns sehr am Herzen gelegt.

Auch die Finanzierung der **Reform der Familienzulagen** konnte mittlerweile abgesichert werden. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen:

Diese Reform ist **die größte finanzpolitische Herausforderung** in dieser Legislaturperiode. Sie werden feststellen, dass wir auch das hinbekommen.

Wir haben für 2019 eine **Erhöhung der Mittel für das Kindergeld in Höhe von 1,2 Millionen EUR** eingeplant.

Mehr als 70% der Familien in unserer Gemeinschaft werden ab Januar 2019 ein höheres Kindergeld erhalten. Gleichzeitig sorgt ein Übergangsmechanismus dafür, dass niemand etwas verliert. Das ist wahrlich gut angelegtes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch im **Kultur- und Tourismusbereich** werden neue Akzente gesetzt. Darauf bin ich bereits in unserer Regierungserklärung vor knapp 2 Monaten ausführlich eingegangen. Ich brauche das an dieser Stelle nicht zu wiederholen.

Im Jahre 2017 investieren wir 109 Millionen EUR in das Bildungswesen und 91,5 Millionen EUR in den Sozialbereich. Das sind 2/3 unserer laufenden Ausgaben.

Und weil es anscheinend den ein oder anderen besonders interessiert: Der sogenannte **Regierungsapparat** (inklusive aller Gehälter und Funktionskosten) kostet 2017 insgesamt 3,673 Millionen EUR. Das entspricht 1,2 % unserer Ausgaben.

Die **Regierungskosten steigen 2017 im Vergleich zu 2016 gerade mal um 0,9%**. Das ist weniger als der Index.

Die **Funktionskosten der Regierung werden 2017 erneut um 10 % gekürzt**. Und die **Anzahl Mitarbeiter ist in dieser Legislaturperiode nur minimal angestiegen**.

Die Regierung beschäftigt heute in der Praxis **2 Mitarbeiter (VZÄ) mehr** als vor der 6. Staatsreform; obwohl unser Haushaltvolumen durch die neuen Zuständigkeiten, in diesem Zeitraum um 50% angestiegen ist.

Kommen wir zu den Schwerpunkten in der **Infrastrukturpolitik**.

Wir sehen im Infrastrukturplan 2016-2017 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von **35,7 Millionen EUR** vor. Damit werden wir **211 Bauvorhaben** in allen 9 deutschsprachigen Gemeinden finanzieren.

Einige Beispiele:

Zu 60 % bezuschussen wir zum Beispiel:

- Arbeiten in der Pfarrkirche Born, in den Kirchen von Weywertz, Braunlauf, Honsfeld, Medell, Krewinkel, Rocherath, St.Vith und Maldingen, in den Kapellen von Bracht und Maspelt, in den Pfarrkirchen von Recht, Emmels, Schönberg, Lontzen, Ouren, Reuland, Nidrum, Eupen und Kettenis. Allein die Sanierung der Türme der St Nikolaus Pfarrkirche in Eupen schlägt 2016 mit 565.000 EUR zu Buche
- Hinzukommen beachtliche Investitionen in die Rathäuser von Büllingen, St.Vith und Kelmis sowie in den Umbau des Göhtalmuseums in Kelmis.

Zu 80 % bezuschussen wir zum Beispiel in den Jahren 2016 und 2017 die Arbeiten in den Gemeindeschulen von Deidenberg, Manderfeld, Burg Reuland, Kettenis, Hauset, Rodt, Herbesthal, Lontzen, Nidrum, Walhorn, Eynatten, Hergenraeth, Recht, SGO und Kelmis. Alleine für die GS Eynatten sehen wir einen Zuschuss in Höhe von 804.000 EUR vor.

Im **Kulturbereich** bezuschussen wir zu 60 % beispielsweise die Arbeiten am Garnstock, in der Alten Schule Herresbach, in der Hubertushalle Lontzen, in der ehemaligen Schule Deidenberg, im Saal Crombach, im Probelokal Krewinkel, im Triangel, im Vereinshaus Elsenborn, im Kolpinghaus Eupen oder auch in der Patronage Kelmis.

Hinzukommen zum Beispiel 420.000 EUR alleine für den Umbau der Vielle Montagne in Kelmis.

Im **Sportbereich** bezuschussen wir beispielsweise zu 60 % die Kantine des FC Bütgenbach, die Schützen in Herbesthal,

die Erneuerung des Bodens in der Sporthalle Lommersweiler,
den Kunstrasenplatz in Honsfeld,
die Schützenvereine in Rodt und Medell,
den Anbau eines Geräteraums der Turn- und Sportgemeinschaft Amel,
die Dacherneuerung der Sport- und Kulturgemeinschaft in Nidrum,
den Bau einer Turnhalle in Heppenbach,
mehrere Spielplätze und Schulhöfe,
die Dachsanierung der Sport- und Festhalle in Kettenis,
oder auch den Hallenboden am Stockbergerweg in Eupen.
Um nur einige Beispiele zu nennen.

Dabei habe ich den Sozialbereich, die Jugend und den Tourismus noch gar nicht erwähnt.

Alleine für den Umbau des Hof Peeters sehen wir einen Zuschuss von 647.000 EUR vor.
Die Tagestätte Meyerode erhält ebenfalls einen Zuschuss von 103.000 EUR.

Wie gesagt, insgesamt werden in den Jahren 2016 und 2017 211 Bauvorhaben bezuschusst.

Das mit Abstand größte Projekt ist in diesem Jahr aber das Hauptgebäude des **St Nikolaus Hospitals in Eupen**. Dem Krankenhaus in Eupen wird für die anstehenden Bauarbeiten ein Zuschuss von **13 Millionen** gewährt. Hinzukommen beachtliche Zuschüsse für die Ausstattung der beiden Krankenhäuser. All das haben wir in unserer Haushaltsplanung berücksichtigt.

Auch für unseren Infrastrukturplan gilt: Knapp 2/3 unserer Mittel fließen in die Bereiche Bildung, Soziales und Gesundheit.

Ich denke, dass ist die richtige Schwerpunktsetzung. Diese Investitionen dienen ganz eindeutig dazu, die Lebensbedingungen der Menschen in unserer Gemeinschaft zu verbessern. Und genau das ist unser Auftrag.

Darüber hinaus haben wir auch die **Straßenbaudotation** erneut um 200.000 EUR auf 1,8 Millionen EUR im Jahre 2017 erhöht. Seit Beginn dieser Legislaturperiode haben wir die Mittel für den kommunalen Straßenbau **um 38 % angehoben**.

Wie Sie in der langfristigen Finanzplanung erkennen können, haben wir vor, diese Mittel weiterhin progressiv anzuheben. **Insgesamt wollen wir die Mittel für den kommunalen Straßenbau in dieser Legislaturperiode um knapp 75% erhöhen**. Und das ist kein leeres Versprechen. Das ist bereits dekretal abgesichert.

Werte Kolleginnen und Kollegen,
wie Sie wissen, sind wir **Nettozahler** in Belgien. Wir erhalten keine Geschenke. Wir beteiligen uns im Jahre 2017 erneut mit **9,1 Millionen EUR** am sogenannten Übergangsmechanismus, also an der innerbelgischen Solidarität.

Unsere finanzpolitischen Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Wir müssen auch weiterhin sehr sorgsam mit unseren Finanzmitteln umgehen. Und genau das tun wir. Wir halten uns strikt an unseren Haushaltspfad.

Wir schätzen unsere Einnahmen auch weiterhin sehr vorsichtig ein und setzen unsere finanzpolitische Strategie konsequent um. Deshalb können wir im Gegensatz zu anderen zuversichtlich an unserem Ziel festhalten, unseren Haushalt ab 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen.

Ein Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, enthält viele Zahlen.

Aber in Wahrheit geht es nicht nur um Zahlen.

In Wahrheit geht es darum, wo und in welchem Umfang wir die **Lebensbedingungen** in unserer Heimat verbessern können.

Hinter den Zahlen stecken **Dienstleistungen** für die Menschen, die hier leben.

Es geht in der Finanzpolitik um **politische Inhalte** und Schwerpunkte.

Und ich denke, diese Regierung und die sie tragende Mehrheit haben die richtigen Schwerpunkte festgelegt: Bildung, Beschäftigung, Soziales und Gesundheit. In diese

Bereiche fließt der Großteil unserer Einnahmen. Deshalb bitte ich Sie den Haushaltsentwürfen zuzustimmen. Ich wünsche uns allen konstruktive und ergebnisorientierte Haushaltsdebatten.